

08/2009

---

**2015**  
aktuell

---

27. August 2009

1. **Entwicklungspolitik im Bundestagswahlkampf**
2. **IWF schnürt Rettungspakete für einkommensschwache Länder**
3. **Finanzierungsengpass beim Welternährungsprogramm**
4. **UNCTAD-Bericht über ärmste Entwicklungsländer**
5. **Migration zulassen – Flüchtlinge schützen**
6. **Umsetzung des G8-Afrika-Aktionsplans**
7. **Fairer Handel im Aufschwung**
8. **Weltwasserwoche**

*Kurz notiert*

*Termine*

---

### **1. Entwicklungspolitik im Bundestagswahlkampf**

Wenige Wochen vor den Bundestagswahlen haben sich Spitzenpolitiker verschiedener Parteien zu entwicklungspolitischen Fragen geäußert. Auch für einen großen Teil der deutschen Bevölkerung hat die weltweite Armutsbekämpfung im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen einen hohen politischen Stellenwert. Eine Umfrage von TNS Emnid zeigte, dass für rund 60 Prozent der Befragten die Haltung der Parteien zur Hilfe für die Ärmsten der Welt ein wichtiges Wahlkriterium ist. 71 Prozent fordern die Einhaltung des Versprechens der Bundesregierung, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen.

[www.one.org/de/blog/?p=313](http://www.one.org/de/blog/?p=313)

Bei einer Befragung durch die entwicklungspolitische Lobby-Organisation ONE bekräftigte SPD-Kanzlerkandidat **Frank-Walter Steinmeier** die Zusage, das 0,51 Prozent-Ziel bis 2010 und das 0,7 Prozent-Ziel bis 2015 zu erreichen. Er wolle alles tun, um die Zahl der in Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren. Unter einer SPD-Regierung solle die Entwicklungszusammenarbeit weiterhin durch ein

eigenständiges Ministerium gesteuert werden. Steinmeier betonte, es sei wirtschaftlich gerade jetzt wichtig, durch Anstrengungen in den Bereichen Bildung und neuer Energietechnologien auch Afrika den Weg aus der Krise zu ebnen. FDP-Chef **Guido Westerwelle** sprach sich gegenüber ONE dafür aus, das BMZ in das Auswärtige Amt zu integrieren, weil Entwicklungshilfe als Teil der Außenpolitik zu begreifen sei. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werde er dafür sorgen, die Entwicklungszusammenarbeit stärker an gute Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte zu koppeln. Hoffnung mache ihm die überall in Afrika wachsende Mittelschicht. Der Spitzenkandidat der Partei DIE LINKE **Gregor Gysi** forderte eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit. Die Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt müsse erheblich gestärkt und die Rüstungsausgaben dafür zurückgefahren werden. Zentrales Ziel müsse die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung sein. Deshalb wolle DIE LINKE vor allem die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens stärken und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung ins Zentrum der Förderung rücken. Der Spitzenkandidat von Bündnis90/Die Grünen **Jürgen Trittin** sprach sich für eine zentrale Rolle von Entwicklungszusammenarbeit in der Außen-, Handels-, Finanz-, Agrar- und Klimapolitik aus. Es müsse verhindert werden, dass Außenhandelspolitik und Agrarsubventionen wieder einreißen, was wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgebaut hat.

[www.one.org/de/artikelone/fragebogen/](http://www.one.org/de/artikelone/fragebogen/)

**Bundeskanzlerin Angela Merkel** hatte sich bereits beim Entwicklungspolitischen Kongress der CDU/CSU- Bundestagsfraktion am 17. Juni zu entwicklungspolitischen Fragen, speziell zur Politik gegenüber Afrika, geäußert. Sie sprach sich für eine Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit aus. Man müsse sich auf Deutschlands Zusagen verlassen können.

[www.cducsu.de/Titel\\_text\\_interview\\_fuer\\_uns\\_ist\\_der\\_afrikanische\\_kontinent\\_ein\\_teil\\_der\\_zukunft\\_der\\_welt/TabID\\_6/SubTabID\\_9/InhaltTypID\\_3/InhaltID\\_13422/Inhalte.aspx](http://www.cducsu.de/Titel_text_interview_fuer_uns_ist_der_afrikanische_kontinent_ein_teil_der_zukunft_der_welt/TabID_6/SubTabID_9/InhaltTypID_3/InhaltID_13422/Inhalte.aspx)

Im Vorfeld der Bundestagswahl haben sich auch viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) für eine stärkere Berücksichtigung von Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung im Rahmen der politischen Debatte ausgesprochen. So fordert **VENRO** eine besser unter den beteiligten Bundesministerien und mit internationalen Partnern abgestimmte Entwicklungspolitik. Gerade in Zeiten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen die Ärmsten der Armen nicht vergessen werden, da sie am meisten an den Folgen der Krise leiden. Auch die **Deutsche Kommission Justitia et Pax** weist in ihren Wahlprüfsteinen auf die internationale Verantwortung der deutschen Politik und den globalen Handlungs- und Regulierungsbedarf hin. Der Bundestagswahlkampf sollte genutzt werden, um kritische Entwicklungen in der Menschenrechts-, Entwicklungs- sowie Außen- und Sicherheitspolitik zu thematisieren und ein mutiges Gegensteuern mehrheitsfähig zu machen.

[http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/venro\\_Forderungen-finaldf.pdf](http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/venro_Forderungen-finaldf.pdf)  
[www.justitia-et-pax.de/Wahlpruefsteine\\_2009.pdf](http://www.justitia-et-pax.de/Wahlpruefsteine_2009.pdf)

Die internationale Energie- und Klimapolitik steht im Mittelpunkt der Wahlprüfsteine von **MISEREOR**, in denen das bischöfliche Hilfswerk die Zusammenhänge von Klimawandel, Energiepolitik und Armutsbekämpfung aufzeigt. Da die Hauptverursacher des Klimawandels die Industriestaaten sind, hätten diese auch

eine besondere Verantwortung, den Klimawandel zu bekämpfen, bei der Energiepolitik in Deutschland nachhaltig umzusteuern und die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Folgen zu unterstützen, so MISEREOR. **Germanwatch** hat im Vorfeld der Bundestagswahl einen Karikaturenwettbewerb zu Klimagerechtigkeit ausgeschrieben, um vor der Bundestagswahl sowie im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen die Notwendigkeit einer international gerechten deutschen Klimapolitik zu thematisieren.

[www.misereor.de/aktionen-kampagnen/fastenaktion/politik-umwelt/wahlpruefsteine.html](http://www.misereor.de/aktionen-kampagnen/fastenaktion/politik-umwelt/wahlpruefsteine.html)

[www.germanwatch.org/klima/kari09.htm](http://www.germanwatch.org/klima/kari09.htm)

**Brot für die Welt** fordert in der Aktion „Weltweite Tischgemeinschaft“ neue politische Weichenstellungen, die dem ländlichen Raum einen größeren Stellenwert beimessen und die Kleinbauern in aller Welt fördern. Ziel der Aktion ist es, durch das Engagement von Wählerinnen und Wählern auch Bundestagsabgeordnete und -kandidaten für die Aktion zu gewinnen. Auch das **INKOTA-Netzwerk** setzt sich mit der Kampagne „Eine Welt ohne Hunger wählen!“ für einen größeren Stellenwert der Hungerbekämpfung im zukünftigen Bundestag ein: Die Befragung von 1500 Direktkandidatinnen und -kandidaten zum Thema Hungerbekämpfung ist Grundlage für den Kandidatencheck, mit dem das Netzwerk dazu aufruft, Kandidaten zu wählen, die sich für die Hungerbekämpfung einsetzen.

[www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung/mitmachen/25\\_261\\_DEU\\_HTML.php](http://www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung/mitmachen/25_261_DEU_HTML.php)

[www.inkota.de/themen-amp-kampagnen/ernaehrung-amp-landwirtschaft/aktionen-amp-initiativen/kandidatencheck/](http://www.inkota.de/themen-amp-kampagnen/ernaehrung-amp-landwirtschaft/aktionen-amp-initiativen/kandidatencheck/)

## 2. IWF schnürt Rettungspakete für einkommensschwache Länder

Der Internationale Währungsfonds (IWF) will den ärmsten Ländern in den kommenden fünf Jahren bis zu 17 Milliarden Dollar an konzessionellen Krediten zur Verfügung stellen. Darüber hinaus erlässt er rund 60 Ländern mit niedrigen Einkommen bis Ende 2011 die Zinszahlungen für bereits aufgenommene Kredite. Dies gab der geschäftsführende Direktor des IWF, Dominique Strauss-Kahn, bei der Vorstellung der neuen Rahmenbedingungen für Kreditvergaben am 29. Juli bekannt. Der Rückgang ausländischer Direktinvestitionen, die geringe internationale Nachfrage beim Handel und schwankende Erlöse aus Rohstoffexporten hätten infolge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu drastischen Einnahmeausfällen in den Haushalten einkommensschwacher Länder geführt und den Bedarf an Krediten stark anwachsen lassen. Ein Großteil des „frischen“ Geldes soll an afrikanische Staaten südlich der Sahara gehen. Die Ausweitung der Ressourcen und Finanzierungsinstrumente geht auf die Initiative der G20-Staaten bei ihrem Gipfel in London im April zurück und wird durch den Verkauf von circa 400 Tonnen Goldreserven ermöglicht. Darüber hinaus sollen neun Milliarden Sonderziehungsrechte (SDR) durch bilaterale Beiträge von Mitgliedsstaaten und 1,5 Milliarden SDR aus eigenen Mitteln des IWF mobilisiert werden. Ziel des Rettungspakets sei nicht nur, den Ländern durch eine fremd verschuldete Krise zu helfen, sondern vielmehr, für die Zeit danach ein stabiles Fundament für die Armutsbekämpfung zu legen, so Strauss-Kahn.

[www.imf.org/external/np/sec/pr/2009/pr09268.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2009/pr09268.htm)

### **3. Finanzierungsengpass beim Welternährungsprogramm**

Aufgrund von Finanzierungsengpässen muss das Welternährungsprogramm (WFP) trotz der steigenden Zahl hungernder Menschen seine Hilfsprogramme kürzen. Bisher wurden erst 1,8 Milliarden US-Dollar der von den Geberländern für 2009 zugesagten 3,9 Milliarden US-Dollar ausgezahlt, so dass das WFP bereits angelaufene Programme zurückfahren muss. Das WFP hat deshalb die Geberstaaten eindringlich aufgefordert, ihren Zusagen nachzukommen und die versprochenen Gelder an das WFP auszus zahlen. Die Nahrungsmittelpreise seien in der letzten Zeit zwar wieder deutlich gesunken, hätten aber immer noch nicht das Niveau von vor der Krise erreicht. In manchen armen Staaten sind die Preise für Grundnahrungsmittel immer noch sehr hoch und viele Menschen können sich das Nötigste zum Überleben nicht leisten. Die Weltwirtschaftskrise verstärkt die Situation, denn viele Menschen verlieren ihre Arbeit und ihr Einkommen. Die Vereinten Nationen schätzen die Zahl der hungernden Menschen inzwischen auf 1,02 Milliarden.

[www.wfp.org/stories/world-struggles-meet-urgent-hunger-challenge](http://www.wfp.org/stories/world-struggles-meet-urgent-hunger-challenge)

### **4. UNCTAD -Bericht über ärmste Entwicklungsländer**

Die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf die ärmsten Entwicklungsländer (LDC) sind so stark, dass ein „Business as usual“ nicht mehr möglich ist. Dies stellt die UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD) in ihrem jüngst veröffentlichten „Least Developed Countries Report 2009“ fest. Während die Industrieländer und auch viele Schwellenländer der Krise mit massiven finanziellen staatlichen Interventionen und umfangreichen Konjunkturprogrammen entgegen getreten seien, fehlen den LDC-Staaten die finanziellen Ressourcen für solche Maßnahmen. Zudem sei die Rolle des Staates in den letzten Jahrzehnten durch neoliberale Entwicklungsstrategien geschwächt worden. Nun müssten die LDC neue entwicklungsorientierte staatliche Strukturen aufbauen, die versuchen, ihre administrativen und politischen Ressourcen für die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung einzusetzen. Der Bericht schlägt vor, in Zukunft nicht mehr nur von guter Regierungsführung („good governance“), sondern von entwicklungsfördernder Regierungsführung („good development governance“) zu sprechen. Die aus makroökonomischer Sicht zentrale Herausforderung für die LDC ist, die Mobilisierung der dringend benötigten finanziellen Ressourcen. Die UNCTAD empfiehlt, öffentliche Investitionen zum Kernelement der Wirtschaftspolitik zu machen und mittels einer differenzierten Industriepolitik gezielte Sektorförderung zu betreiben. Dabei sollte der Landwirtschaftssektor höchste Priorität haben. Die LDC, so der Bericht, stecken derzeit in einem Teufelskreis aus unzureichender Nahrungsmittelproduktion, niedriger Produktivität, sinkenden öffentlichen Investitionen und Knappheit von Wasser und landwirtschaftlicher Nutzfläche. Dem müsse durch die Förderung ländlicher Entwicklung und effektiver Industriepolitik, in der öffentliche und private Investitionen sinnvoll kombiniert werden, entgegengetreten werden. Gegenwärtig werden von den Vereinten Nationen 49 Länder als LDC eingestuft, 35 dieser Länder liegen in Afrika.

[www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=11721&intlItemID=2097&lang=1](http://www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=11721&intlItemID=2097&lang=1)

### **5. Migration zulassen – Flüchtlinge schützen**

In einem aktuellen Positionspapier fordert VENRO, mehr Migration in die EU und ihre Mitgliedsstaaten zuzulassen, um der globalen Verantwortung Europas gerecht zu

werden. Die Politik der Vorverschiebung der Außengrenzen der EU durch eine Kriminalisierung von Auswanderung oder Emigration muss dem Verband zufolge umgehend eingestellt und Flüchtlinge unter den besonderen Schutz der Genfer Konvention gestellt werden. Emigration muss dabei als Menschenrecht betrachtet und Migrationspolitik unabhängig von Asylpolitik definiert werden. Hintergrund des Papiers sind die humanitären Dramen an den Außengrenzen der EU und Bedrohungsszenarien, die in der europäischen Öffentlichkeit aufgebaut wurden. VENRO zeigt die Zusammenhänge von Migration und Entwicklung auf und betont, dass Migration eine gesellschaftliche Normalität darstellt, die erst infolge einer Politik der Abschottung zu humanitärem Leid und Menschenschmuggel führt.

[http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Dokumente\\_2009/August\\_2009/VENRO-Positionspapier\\_Migration.pdf](http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Dokumente_2009/August_2009/VENRO-Positionspapier_Migration.pdf)

## **6. Umsetzung des G8-Afrika-Aktionsplans**

Auf über 100 Seiten hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Große Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen dargestellt, welche Aktivitäten Deutschland und die EU zur Unterstützung des Afrika-Aktionsplans der G8-Staaten unternommen haben. Zentrale Bestandteile der Umsetzung liegen in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Infrastruktur, Handel, Gesundheit, Bildung, den Zugang zu Trinkwasser sowie Frieden und Sicherheit. Der Afrika Aktionsplan war im Juni 2002 beim G8-Gipfel in Kanada beschlossen worden und soll die Reformvorhaben der afrikanischen Staaten im Rahmen der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) unterstützen. Zwischen 2005 und 2008 hat die EU dem Bericht zufolge der Afrikanischen Union (AU) 440 Millionen Euro für Friedensmissionen zur Verfügung gestellt. Deutschland trägt insgesamt 8,5 Prozent aller Ausgaben für friedenserhaltende Missionen der Vereinten Nationen in Afrika. Stark engagiert sich die Bundesrepublik bei der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, wie zum Beispiel der Reintegration ehemaliger Kindersoldaten oder Vertriebener. So unterstützt sie die Konfliktregion um die Großen Seen mit 70 Millionen Euro. Nach Auskunft der Bundesregierung sind seit 1992 mit insgesamt 44 Millionen Euro ein Viertel aller Ausgaben für humanitäre Minenräumung aus Deutschland in Minenräumprojekte geflossen. Auch bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seien Erfolge zu verzeichnen: So fördere Deutschland die Reform des Justizwesens in Uganda bis zum Jahr 2011 mit 1,5 Millionen Euro. Ein Schwerpunkt des deutschen Engagements in Afrika ist die Förderung der Selbstbestimmung von Frauen. Nach Angaben der Bundesregierung sind von 2002 bis 2007 knapp 190 Millionen Euro für bilaterale entwicklungspolitische Maßnahmen bereitgestellt worden, die ausschließlich der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen dienen. Durch die deutsche Unterstützung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose hätten mehr als 1,4 Millionen Menschen einen kostenlosen Zugang zu Medikamenten erhalten.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/135/1613572.pdf>

## **7. Fairer Handel im Aufschwung**

Trotz der Wirtschaftskrise kann der Faire Handel in Deutschland erhebliche Zuwachsraten verzeichnen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Verbraucherstudie, die das bundesweite Netzwerk Forum Fairer Handel vorgelegt hat. Im Jahr 2008 ist demnach der Absatz fair gehandelter Produkte um 38 Prozent im Vergleich zum

Vorjahr auf insgesamt 266 Millionen Euro gestiegen. Bei einzelnen Produkten gab es besonders hohe Wachstumsraten, wie zum Beispiel beim fair gehandelten Fruchtsaft, dessen Absatz um 80 Prozent anstieg. Aber auch der fair gehandelte Kaffee konnte einen Zuwachs von 13 Prozent erzielen. Innerhalb der letzten fünf Jahre betrug der Absatzanstieg von Produkten des fairen Handels 180 Prozent. „Gerade jetzt stellt der Kauf fair gehandelter Produkte für die Produzenten eine enorme Unterstützung dar“, so Hans Christoph Bill, Vorsitzender des Forums Fairer Handel. Denn besonders die Kleinbauern leiden unter steigenden Preisen für Nahrung, Brennstoffe und Dünger, während der Zugang zu Krediten immer schwieriger wird. Hier ist der Faire Handel, der den Handelspartnern langfristige Lieferbeziehungen, gerechte Preise und die Möglichkeit der Vorfinanzierung bietet, eine wichtige Unterstützung. Trotz der Wirtschaftskrise oder gerade wegen der Wirtschaftskrise kommt das Geschäftsmodell des fairen Handels gut an“, so Hans Christoph Bill. 44 Prozent der für die Studie Befragten gaben an, zumindest gelegentlich fair gehandelte Produkte zu kaufen; auch 30 Prozent der Nichtkäufer hielten das Konzept des Fairen Handels für unterstützenswert.

[www.forum-fairer-handel.de/webelements/filepool/site/downloadc/2009-08--11%20Forum%20Fairer%20Handel.pdf](http://www.forum-fairer-handel.de/webelements/filepool/site/downloadc/2009-08--11%20Forum%20Fairer%20Handel.pdf)

## **8. Weltwasserwoche**

Vom 16. bis 22. August 2009 fand in Stockholm die Weltwasserwoche mit über 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Die Weltwasserwoche ist das größte internationale Fach- und Dialogforum im Wassersektor und dient der Bestandsaufnahme und dem Erfahrungsaustausch über wirksame Schritte zur Verbesserung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung.

[www.worldwaterweek.org](http://www.worldwaterweek.org)

Nach Angaben der Vereinten Nationen haben 884 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Laut dem Weltkinderhilfswerk UNICEF sterben täglich 4.500 Kinder unter fünf Jahren an den Folgen von unsauberem Wasser. Allerdings hat sich nach UN-Angaben die Versorgung mit sauberem Trinkwasser seit 1990 deutlich verbessert. Derzeit haben 5,7 Milliarden Menschen sauberes Wasser zur Verfügung, 1,6 Milliarden mehr als im Jahr 1990. Allerdings schätzt die UN, dass im Jahr 2030 fast die Hälfte der Weltbevölkerung in Gebieten leben wird, wo sauberes Trinkwasser knapp ist. Die steigende Nachfrage und die Folgen des Klimawandels machen den Zugang zu Trinkwasser immer schwieriger, so UNICEF. „Der Klimawandel verschärft die Wasserknappheit in den ärmsten Regionen der Erde, Regierungen müssen besser dafür sorgen, dass trinkbares Wasser als Allgemeingut auch den ärmsten Bevölkerungsschichten zur Verfügung steht“, so UNICEF-Geschäftsführerin Regine Stachelhaus.

[www.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr3/pdf/WWDR3\\_Water\\_in\\_a\\_Changing\\_World.pdf](http://www.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr3/pdf/WWDR3_Water_in_a_Changing_World.pdf); [www.unicef.de/6770.html](http://www.unicef.de/6770.html)

Die Umweltschutzorganisationen WWF mahnt die zügige Umsetzung der UN-Konvention für ein nachhaltiges, verantwortungsvolles und grenzüberschreitendes Management von Trinkwasservorkommen an. „Die internationale Staatengemeinschaft hat es bisher nicht geschafft, dieses wichtige Abkommen zu ratifizieren und umzusetzen“, kritisiert Martin Geiger, Wasserexperte beim WWF Deutschland.

[http://www.wwf.de/presse/details/news/wwf\\_fordert\\_big\\_deal\\_im\\_kampf\\_gegen\\_welt\\_weite\\_wasserkrise/](http://www.wwf.de/presse/details/news/wwf_fordert_big_deal_im_kampf_gegen_welt_weite_wasserkrise/)

Die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Karin Kortmann, erklärte anlässlich der Weltwasserwoche: "Wir dürfen nicht länger akzeptieren, dass fast 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und 42 Prozent der Menschen weltweit nicht einfach auf die Toilette gehen können." Deshalb setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik weltweit aktiv für die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung ein. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit kooperiert mit über 30 Partnerländern im Wasser- und Abwasserbereich und ist mit einem Volumen von jährlich rund 350 Millionen Euro weltweit einer der größten Geber.

[www.bmz.de/de/presse/pm/2009/august/pm\\_20090814\\_76.html](http://www.bmz.de/de/presse/pm/2009/august/pm_20090814_76.html)

---

**Kurz notiert:**

VENRO und „Deine Stimme gegen Armut“, die Lobbyorganisation ONE und die UN-Millenniumkampagne setzen sich mit der Online-Aktion „**Die Kanzlerfrage**“ dafür ein, dass die Moderatorinnen und Moderatoren des Fernsehduells zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Kanzlerkandidat Steinmeier den Kandidaten eine Frage zum Thema Entwicklungspolitik stellen. Der Appell an die Moderatoren kann online unterzeichnet werden und wird den Sendern im Vorfeld des TV-Duells übergeben.

[www.deine-stimme-gegen-armut.de/start.html](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/start.html)

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik einen **Blog zur Wahl** gestartet. Unter [www.die-gdi.de/DIEBlog.nsf](http://www.die-gdi.de/DIEBlog.nsf) stehen ab sofort dreimal die Woche Beiträge zu aktuellen entwicklungspolitischen Fragen sowie Schlagzeilen, Hintergrundinformationen und Veranstaltungshinweise zu entwicklungspolitischen Themen bereit.

Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) hat im Vorfeld der Bundestagswahl unter dem Motto "**Entwicklungspolitik der Zukunft**" eine Umfrage gestartet, mit der Aussagen zur Gestaltung der zukünftigen Entwicklungspolitik durch Nutzerinnen und Nutzer gewichtet werden können. Nach der Bundestagswahl soll das Ergebnis in die politische Debatte einbracht werden. [www.eed.de](http://www.eed.de)

In dem neu erschienenen Buch „**Afrikas Wege aus der Armutsfalle**“ zeigt Autor Walter Eberlei neue Entwicklungen im Bereich Armutsbekämpfung auf und analysiert deren Hintergründe. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Politik afrikanischer Regierungen und die Bedeutung einer kritischen politischen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Demokratisierungsprozessen.

[www.brandes-apsel-verlag.de](http://www.brandes-apsel-verlag.de)

Ein aktuelles Länderprofil zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an Strategien der Armutsbekämpfung in **Sri Lanka** steht auf der VENRO-Webseite [www.prsp-watch.de](http://www.prsp-watch.de) bereit. Es bietet neben Informationen zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung bei der Erstellung und Umsetzung des nationalen Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung einen Serviceteil mit Links und weiteren Informationen.

## **Termine**

### **27. bis 28. August 2009, Bonn, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, DIE, VENRO, KfW**

Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Regionen und Kommunen

2. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik

Weitere Informationen unter: [www.bonn-conference.nrw.de/](http://www.bonn-conference.nrw.de/)

### **31. August 2009, Berlin, SID Berlin und INISA e.V.**

Die Gemeinsame EU-Afrika-Strategie auf dem Prüfstand  
Berliner Afrikakreis

Weitere Informationen unter: [www.inisa.de](http://www.inisa.de)

### **3. September 2009, Berlin, DIE**

Die entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher im Bundestag stellen sich der Diskussion

Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter: [www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK\\_contentByKey\)/MRUR-7T3B3N?OpenDocument&nav=active:Veranstaltungen\MRUR-7T3B3N;expand:Veranstaltungen](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/MRUR-7T3B3N?OpenDocument&nav=active:Veranstaltungen\MRUR-7T3B3N;expand:Veranstaltungen)

### **14. bis 16. September 2009, Stuttgart, Stadt Stuttgart**

Nichtregierungsorganisationen und Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit  
Konferenz

Weitere Informationen unter:

[www.stuttgart.de/item/show/347418#headline4a72d6a1d5438](http://www.stuttgart.de/item/show/347418#headline4a72d6a1d5438)

### **25. und 26. September 2009, Amersbeck (Nähe Hamburg), Difäm, EED**

Klimawandel und Gesundheit

Zusammenhänge, Trends und Handlungsfelder

Tagung

Weitere Informationen unter: [www.haus-am-](http://www.haus-am-schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/03_klimawandel.php)

[schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/03 klimawandel.php](http://www.haus-am-schueberg.de/hcms/Bildungsangebote/Gerechtigkeit/2009/06/03_klimawandel.php)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Henrik Wiegelmann

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*